

Zugang zu den Schulen für die Jugendoffiziere der Bundeswehr offen halten

Beschluss des CDU-Bundesfachausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik unter der Leitung von Elmar Brok MdEP:

Mit großer Sorge verfolgt der CDU-Bundesfachausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik Bestrebungen, die Jugendoffiziere der Bundeswehr aus dem öffentlichen Raum zurückzudrängen. Vorschläge, Jugendoffizieren den Zugang zu Schulen zu verbieten, gehen in die falsche Richtung. Jugendoffiziere sind nicht nur ein wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, sondern vielmehr auch ein ganz wesentlicher Bestandteil zur Förderung der sicherheitspolitischen Kultur und Bildung in Deutschland.

Bereits seit über fünf Jahrzehnten stehen die Jugendoffiziere für Vorträge und Seminare zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung. Dabei geht es nicht darum, ein beschönigendes Bild von den Streitkräften zu zeichnen. Nachwuchswerbung an den Schulen ist verboten. Das Entscheidende an der Arbeit der Jugendoffiziere ist, bei jungen Menschen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Deutschland in der globalisierten Welt und in Organisationen wie den Vereinten Nationen, der NATO und Europäischen Union Verantwortung trägt. Die Vermittlung der internationalen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, die auch für Deutschlands Sicherheit und Wohlergehen entscheidend sind, und die daraus für unsere Politik folgenden Konsequenzen sind wichtige Kenntnisse, um als mündiger Bürger politische Entscheidungen bewerten oder selbst fällen zu können.

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr müssen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügen. Sie haben über mehrere Jahre Erfahrung als militärische Vorgesetzte gesammelt. Häufig waren sie auch selbst im Ausland eingesetzt. Damit können sie fundiert und aus erster Hand die Herausforderungen darstellen, denen sich die deutschen Streitkräfte und auch die deutsche Sicherheitspolitik stellen müssen.

Dabei müssen die Schülerinnen und Schülern ein vielschichtiges, ausgewogenes Bild erhalten und dürfen nicht einseitig beeinflusst werden. Dies wird auch dadurch deutlich, dass zu Veranstaltungen der Jugendoffiziere an Schulen auch Vertreter anderer Organisationen eingeladen werden können, die z. B. für gewaltfreie Konfliktlösungen eintreten.

Der CDU-Bundesfachausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik fordert daher die zuständigen Bundesländer dazu auf, von Überlegungen Abstand zu nehmen, den Jugendoffizieren der Bundeswehr den Zugang zu Schulen zu verweigern. Die Bundeswehr ist integraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Allen Bestrebungen, sie aus der Mitte dieser Gesellschaft hinauszudrängen, stellen wir uns entschlossen entgegen.